



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 23, 01.02.2011

Tragfähige Lösung für Arbeitsmarktprojekte erzielt

Für einen allgemeinen Mindestlohn, Gleichbehandlung von Leiharbeit mit Stammebelegschaften und Begrenzung befristeter Beschäftigung

Leichterer Anspruch auf Arbeitslosengeld statt Hartz IV

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, Sie sind gut ins neue Jahr gekommen und wünschen Ihnen für 2011 alles Gute, Gesundheit und viel Energie.

Im vergangenen Jahr waren für uns die größten Herausforderungen die Fortführung und Bewilligung der arbeitsmarktpolitischen Programme aus dem BAP (Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm) mit den entsprechenden Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds, die Reform der Jobcenter und der Umgang mit den enormen Kürzungen der Bundesregierung im Bereich der Arbeitsförderung. Trotz der fehlenden Mittel haben wir gemeinsam mit den Beschäftigungsträgern eine tragfähige Lösung erzielt. Die Situation von Menschen, die an den Folgen ihres beruflichen Kontakts mit Asbest erkrankt sind und um die Anerkennung einer Berufskrankheit sowie einer Rente kämpfen, haben wir öffentlich gemacht. Durch einen Bürgerschaftsbeschluss haben wir dafür gesorgt, dass eine Beratungsstelle für Betroffene verankert wird und der Senat sich auf Bundesebene für eine Beweislasterleichterung einsetzt. An all diesen Themen werden wir dran bleiben und uns darüber hinaus dem Fachkräftemangel, dem Mindestlohn und der Situation von Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt widmen.

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Tragfähige Lösung für Arbeitsmarktprojekte erzielt

Nachdem die CDU/FDP-Bundesregierung die Mittel für Arbeitsmarktförderung massiv gekürzt hat, fehlen dem Haushaltsnotlageland Bremen mit seiner hohen Langzeitarbeitslosenquote in diesem Jahr rund 22 Millionen Euro für die aktive Unterstützung der betroffenen Menschen. Das entspricht einem Viertel des

www.gruene-fraktion-bremen.de

Gesamtetat für die Arbeitsförderung. Der schwarz-gelbe Kahlschlag hat Kürzungen bei vielen Projekten in Bremen und Bremerhaven zur Folge. Jetzt ist gemeinsam mit den Beschäftigungsträgern eine tragfähige Lösung erzielt worden. Dazu erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön: „Während die Bundesregierung direkte Politik gegen Kommunen mit vielen Langzeitarbeitslosen macht, haben wir in einem solidarischen Prozess in einer schwierigen Problemlage mit den Beschäftigungsträgern eine Lösung gefunden. Das ist für mich ein Lehrstück einer aktiven Bürgergesellschaft. Die Träger haben angeboten, die Kürzungen selbst zu erbringen. Sie haben weitgehende Freiheit dafür erhalten, wie sie das umsetzen. 1-Euro-Jobs werden nun insbesondere im Jugendbereich abgebaut. Das ist richtig. Denn Jugendliche gehören in die Ausbildung und nicht in 1-Euro-Jobs. Die geplanten ca. 560 sozialversicherungspflichtigen Stellen bleiben erhalten. Nach jetzigem Stand ist kein Träger gefährdet. Trotz verringerter Mittel wollen wir im Jahresverlauf gemeinsam mit den Beschäftigungsträgern Modelle entwickeln, die den Menschen bessere Chancen auf den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt eröffnen.“

Für einen allgemeinen Mindestlohn, Gleichbehandlung von Leiharbeit mit Stammelegschaften und Begrenzung befristeter Beschäftigung

Diese Ziele hat die Bürgerschaft Ende Januar dem Senat mit einem rot-grünen Antrag aufgegeben, um auf Bundesebene aktiv zu werden. Wenn es auch vorher schon (leider erfolglos) solche Initiativen gab, soll bei den veränderten Mehrheiten im Bundesrat ein neuer Anlauf unternommen werden. Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, erläuterte die drei Schwerpunkte: „Leiharbeit hat dort einen Sinn, wo Auftragsspitzen abgedeckt werden sollen, aber sie darf nicht Bestandteil einer Unternehmensstrategie sein, um Stammelegschaften abzubauen, Löhne zu drücken und Arbeitnehmerrechte auszuhebeln.“

„Uns ist es ebenfalls ein Anliegen“, so Schön weiter, „dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Gehalt leben können. Deshalb sind wir für den allgemeinen Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit über Arbeitslosengeld-II-Leistungen Löhne aufstockt, weil die Unternehmen nicht angemessen entlohnen wollen.“

„Und uns ist es ebenfalls wichtig, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu begrenzen. Gerade im Einzelhandel, gerade in typischen Frauenberufen wurden sogenannte Normalarbeitsverhältnisse in 400-Euro-Jobs verlegt – mit all den Konsequenzen für die Existenzsicherung von Frauen und für die Alterssicherung.“

Antrag: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/353/353466.antrag_leiharbeitnehmerinnen_und_stamme.pdf

Leichterer Anspruch auf Arbeitslosengeld statt Hartz IV

Der Bemessungszeitraum für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde von 36 auf 24 Monate abgesenkt und gleichzeitig die in diesem Zeitraum notwendige Beschäftigungsdauer (Anwartschaftszeit) von sechs auf zwölf Monate ausgedehnt.

Dadurch kommen viele Arbeitslose nicht mehr in den Bezug von Arbeitslosengeld I. In besonderer Weise betroffen sind hiervon die sogenannten atypischen bzw. prekären Beschäftigungsverhältnisse, also Beschäftigte in Minijobs, in schlecht bezahlter Teilzeit, mit Befristungen oder in der Leiharbeit. Dies zeigt, dass die Arbeitslosenversicherung bisher nur unzureichend auf nicht kontinuierlich tätige Beschäftigte ausgerichtet ist.

Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, verdeutlichte dies in der Sitzung der Januar-Bürgerschaft an Zahlen: „Während Ende der neunziger Jahre noch 40 Prozent Arbeitslosengeld I bezogen, sind es jetzt nur noch 25 Prozent. Also ein immer größerer Personenkreis fällt direkt in die Grundsicherung. Damit hat die Arbeitslosenversicherung als primäres Sicherungsinstrument erheblich an Schutzwirkung verloren.“ Mit einem Antrag auf Initiative der Grünen-Fraktion wurde der Senat aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Arbeitslosenversicherung ihre Funktion als soziale Sicherung wieder wie im früheren Umfang erfüllen kann.

Ein längerer Bezug von Arbeitslosengeld entlastet die Kommunen finanziell, die sonst eher aufstockende ALG II-Leistungen zahlen müssten. Hier warf Silvia Schön den Abgeordneten von CDU und FDP vor: „Sie wollen flexible Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit. Sie wollen keine existenzsichernden Löhne, keinen Mindestlohn. Sie wollen nicht einmal, dass die Konsequenzen für die Menschen abgemildert werden. Und Sie haben kein Interesse an finanzieller Entlastung kommunaler Haushalte.“

Antrag: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/354/354082.antrag_arbeitslosenversicherung_als_prim.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, wirtschaftspolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremerhaven.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.